



Auftakt Tarif- und Besoldungsrunde

7 PROZENT, MINDESTENS 300 €: KLARE BOTSCHAFT AN DEN INNENMINISTER

Liebe Kolleginnen
und Kollegen,

unter Beteiligung von 400 Kolleginnen und Kollegen vor dem Innenministerium haben wir zum Auftakt der Tarif- und Besoldungsrunde für die hessischen Landesbeschäftigten gegenüber dem Innenministerium klar gemacht, dass das Sparen auf Kosten der Beschäftigten der falsche Weg ist. Unsere Verhandlungsführerin, Christine Behle, bekräftigte, dass es um Wettbewerbsfähigkeit, Handlungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes und eine Zukunftsperspektive für die Beschäftigten und Beamtinnen und Beamte gehe. Des-



halb sind unsere Forderungen nach 7 Prozent, mindestens 300 €, sowie 200 € mehr für Nachwuchskräfte, gerechtfertigt.

Das Innenministerium tritt – wie nicht anders zu erwarten – auf die Bremse. Es wurde kein Angebot vorgelegt. Die Forderungen seien überzogen und die

Haushaltssituation lasse keine Spielräume für hohe Lohnsteigerungen zu. Die Beschäftigten seien zwar

die „Stützpfeiler des Landes“, die Prioritäten lägen aber nicht beim Personal. Der Druck auf den Haushalt sei enorm hoch, dies müsste berücksichtigt werden. Auch zum Thema Landesticket zur Nutzung des ÖPNV wurde seitens des Innenministeriums wegen der hohen Kosten Redebedarf signalisiert.

Unsere Forderungen

- Erhöhung der Entgelte um 7 Prozent, mindestens 300 €.
- Erhöhung der Auszubildendenvergütungen um 200 €.
- Übernahme der Nachwuchskräfte ohne Notenbezug und ohne Ausschlussgründe.
- Studentisch Beschäftigte sind in den TV-H aufzunehmen.

Unsere Erwartungen

- Erhöhung der Jahressonderzahlung auf 100 Prozent der Monatsvergütung.
- Gewerkschaftsmitglieder erhalten einen zusätzlichen Urlaubstag.
- Die Vereinbarung zu weniger Befristungen muss kontrollierbar umgesetzt werden.
- Wohngeldzuschuss für Nachwuchskräfte.
- Die Eingruppierung von Lehrkräften wird evaluiert.
- Erhöhung der Zeitzuschläge (§ 8 Abs. 1 TV-H)

Und

Mögliche Tarifergebnisse sind zeit- und wirkungsgleich auf die Beamtinnen und Beamte zu übertragen!

DIE VERHANDLUNGSTERMINE

9. und 10. März 2026 **Zweite Verhandlung in Dietzenbach**
26. und 27. März 2026 **Dritte Verhandlung in Seeheim-Jugenheim**

WEITERE INFORMATIONEN UNTER
OED-HESSEN-2026.VERDI.DE



Christine Behle
Verhandlungsführerin,
stellv. ver.di-Vorsitzende

„Wir wissen um die Haushaltslage und die wirtschaftliche Situation des Landes, sind aber fest davon überzeugt, dass eine Investition

in die Beschäftigten in dieser Zeit absolut notwendig ist. Im öffentlichen Dienst fehlen tausende Stellen und ein großer Teil der Beschäftigten geht in den nächsten Jahren in Rente. Wenn der öffentliche Dienst handlungsfähig bleiben will, muss man jetzt in das Personal investieren. Gerade in einem Ballungsraumgebiet wie Hessen, wo es viele Firmen gibt, die deutlich mehr zahlen als der öffentliche Dienst, muss die Attraktivität gewahrt bleiben. Es geht um nichts geringeres als die Handlungsfähigkeit des Staates.“

WIE GEHT ES WEITER?

Jetzt seid Ihr aufgerufen, mitzumachen! Wir werden unser gesetzlich verbrieftes Recht nutzen und zu Warnstreikmaßnahmen aufrufen, um den Druck auf das Land zu erhöhen. Dieser wird sich allerdings nur entfalten, wenn ihr dabei seid!

**JETZT
MITGLIED
WERDEN!**



mitgliedwerden.verdi.de